Bundesverband EnergieMittelstand
Fuels | VSI Lubes | Energy

Berlin, 05. Oktober 2026

Pressemitteilung

forsa-Umfrage: Autofahrer fordern geringere Abgaben auf Kraftstoffe, Abschaffung der 12-Uhr-Regel und Rücknahme des Verbrennerverbots

Das Meinungsforschungsinstitut forsa hat im Auftrag der UNITI die Einstellung der Autobesitzer in Deutschland zu aktuellen Themen rund ums Auto ermittelt. Die Ergebnisse der repräsentativen Befragung zeigen Handlungsbedarf für die Politik.

Autobesitzer beklagen zu hohe Steuer- und Abgabenlast auf Kraftstoffe

86 Prozent der Autobesitzer finden, dass die Steuern und Abgaben auf Kraftstoffe in Deutschland zu hoch sind, so ein Ergebnis der forsa-Umfrage im Auftrag der UNITI. In Deutschland machen Steuern und Abgaben in der Regel rund 50 bis 60 Prozent des Preises an der Zapfsäule aus. Die Bundesrepublik liegt damit EU-weit auf einer Spitzenposition, was die Belastung aus den regulären nationalen Sätzen für Energiesteuer, CO_2-Abgabe und Mehrwertsteuer auf Kraftstoffe angeht. Die Folge: Obwohl die Preise für Diesel und Benzin in Deutschland nach Abzug aller staatlich bedingten Preisbestandteile niedriger als in fast allen EU-Nachbarländern liegen[1], müssen die Kunden an der Tankstelle hierzulande dennoch vergleichsweise viel für Kraftstoffe zahlen. Die am 1. Oktober 2026 eingeführte temporäre Absenkung des Energiesteuersatzes auf Kraftstoffe bedeutet nur eine Verringerung der Abgabenlast um wenige Prozentpunkte. Der Anteil von Steuern und Abgaben an den Kraftstoffpreisen in Deutschland bleibt im EU-Vergleich hoch.

Abschaffung der 12-Uhr-Regel für Tankstellen wird mehrheitlich gefordert

Das derzeit krisen- und kriegsbedingt hohe Preisniveau für Rohöl sowie für Mineralölprodukte wie Diesel und Benzin belastet Unternehmen und Autofahrer weltweit. Seit April 2026 gilt in Deutschland für Tankstellen die 12-Uhr-Regel. Diese hat allerdings nicht, wie von der Bundesregierung erhofft, zu niedrigeren Kraftstoffpreisen geführt. 60 Prozent der Befragten fordern nun die Abschaffung der 12-Uhr-Regel. Auch UNITI spricht sich klar gegen diesen Eingriff in die freie Preisbildung und in die unternehmerische Freiheit aus.

Klare Mehrheit sagt: Bundesregierung sollte sich für Rücknahme des Verbrennerverbots einsetzen

Die Autobesitzer in Deutschland sprechen sich mit großer Mehrheit für eine Kurskorrektur in der Antriebsfrage aus. 81 Prozent der Befragten finden, dass die Bundesregierung im Straßenverkehr alle technischen Lösungen beim Erreichen der Klimaziele in gleicher Weise unterstützen und nicht ausschließlich Elektromobilität fördern sollte. Ein De-facto-Neuzulassungsverbot für Verbrenner mit Benzin- oder Dieselmotor ab 2035 in der EU unterstützen lediglich 29 Prozent der Befragten. 60 Prozent fordern dagegen, dass sich die Bundesregierung bei der EU für die Rücknahme des Zulassungsverbots neuer Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor einsetzt.

Die Autobesitzer selbst zeigen sich offen in der Antriebsfrage: Wenn sie möglichst klimafreundlich Auto fahren und dabei zwischen einem mit erneuerbaren Kraftstoffen betriebenen Diesel- oder Benzinauto

[1] https://en2x.de/2026/09/14/netto-tankstellenpreise-unter-europaeischem-durchschnitt/

und einem Elektroauto wählen müssten, würden sich 48 Prozent für den Verbrenner und 46 Prozent für das Elektroauto entscheiden.

Mehr als zwei Drittel der Autobesitzer (72 Prozent) befürchten zudem den Verlust von Arbeitsplätzen in der Automobilindustrie in Deutschland, wenn Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor verboten werden. Das deckt sich mit Einschätzungen aus der Branche, die mit dem Abbau von vielen Hunderttausend Arbeitsplätzen in Deutschlands Kernindustrie infolge des Ausstiegs aus dem Verbrennungsmotor rechnen.[2]

UNITI-Hauptgeschäftsführer Elmar Kühn: „Die Ergebnisse der forsa-Umfrage zeigen, dass sich die Politik in Deutschland in ihrem Handeln und ihren Positionen weit von den Anliegen und Interessen der vielen Millionen Autofahrer hierzulande entfernt hat. Die Bundesregierung sollte dringend gegensteuern.“ Kühn fordert: „Die 12-Uhr-Regel muss abgeschafft und die Steuer- und Abgabenlast auf Kraftstoffe nicht nur temporär, sondern dauerhaft reduziert werden. Im Rahmen der aktuellen Verhandlungen in Brüssel über eine Anpassung der EU-Flottenregulierung sollte sich die Bundesregierung außerdem für die Rücknahme des Neuzulassungsverbots von Verbrennern einsetzen und sich auf europäischer sowie nationaler Ebene entschlossen für den Hochlauf erneuerbarer Kraftstoffe engagieren.“

WeTransfer-Link zum ausführlichen forsa-Ergebnisbericht: https://we.tl/t-sowYp5UE4xDMaogr

WeTransfer-Link zu den forsa-Grafiken: https://we.tl/t-aKnh2DRDcwRzi5Zt

Über UNITI:
Der UNITI Bundesverband EnergieMittelstand e.V. repräsentiert in Deutschland rund 90 Prozent des mittelständischen Energiehandels und bündelt die Kompetenzen bei Kraftstoffen, Brennstoffen sowie Schmierstoffen. Täglich frequentieren über 5,3 Millionen Kunden die ca. 10.560 Straßentankstellen der UNITI-Mitgliedsunternehmen, welche ca. 75 Prozent des Straßentankstellenmarktes ausmachen. Mit etwa 3.700 freien Tankstellen sind bei UNITI zudem fast 70 Prozent der freien Tankstellen organisiert. Überdies versorgen die UNITI-Mitglieder etwa 20 Millionen Menschen mit Wärme. Die Verbandsmitglieder decken rund 95 Prozent des Gesamtmarktes für flüssige und feste Brennstoffe ab. Ebenso zählen mit einem Marktanteil von über 95 Prozent die meisten Schmierstoffhersteller und Schmierstoffhändler in Deutschland zum Verband. Die rund 1.000 Mitgliedsfirmen von UNITI erzielen einen jährlichen Gesamtumsatz von etwa 105 Milliarden Euro und beschäftigen ca. 120.000 Arbeitnehmer in Deutschland.

Pressekontakt UNITI:
Alexander Vorbau, M.A.
Leiter Kommunikation
Tel.: (030) 755 414-520
E-Mail: vorbau@uniti.de
UNITI Bundesverband EnergieMittelstand e.V.

[2] vgl. u.a.: https://publica-rest.fraunhofer.de/server/api/core/bitstreams/5b2ac01a-4cf2-451a-9657-1e6e5112e713/content sowie https://www.vda.de/de/presse/Pressemeldungen/2026/260513_PM_Beschaeftigungsentwicklung_2035